Versprechen gebrochen: Bundesregierung versagt bei Bundesaufnahmeprogramm für Afghanistan

"Drei Jahre nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan könnte die Bilanz der deutschen Aufnahmepolitik kaum schlechter sein. Die Ampel hatte großmundige Versprechen abgegeben, Menschenrechtsverteidiger*innen, Frauen und Kinder sollten unkompliziert aufgenommen werden, jeder Tag zähle, hat Außenministerin Baerbock erklärt. Stattdessen hat die Bundesregierung mit dem Bundesaufnahmeprogramm ein intransparentes, bürokratisches Monstrum geschaffen, mit dem in 22 Monaten gerade einmal 540 Personen einreisen konnten. Jetzt steht sogar die weitere Finanzierung des Programms auf der Kippe. Das ist das Gegenteil von Verantwortungsübernahme, und es ist auch das Gegenteil von feministischer Außenpolitik", erklärt Clara Bünger, fluchtpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag, anlässlich des Jahrestags der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan. Bünger weiter:

"Afghanistan ist nicht sicher. Frauen und Mädchen werden in allen Bereichen des Lebens diskriminiert, dazu leiden Millionen Menschen an Hunger sowie unter Naturkatastrophen und den Folgen des Klimawandels. Drei Jahre nach der Machtübernahme der Taliban bekomme ich weiterhin viele Nachrichten von Personen, die in Verstecken unter Lebensgefahr ausharren, weil sie von den Taliban gesucht werden. Die Bundesregierung muss ihr Aufnahmeversprechen einlösen. Außerdem muss sie sofort alle Bemühungen einstellen, wieder nach Afghanistan abzuschieben. Alles andere ist mit Menschenrechten, die die Ampel angeblich in ihrer Politik in den Vordergrund stellen will, nicht vereinbar."

